

EUROPÄISCHE UNION

Für eine Säule sozialer Rechte

VON GERHARD TIMM UND
MALTE LINDENTHAL



Dr. Gerhard Timm ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. www.bagfw.de



Malte Lindenthal ist Leiter der EU-Vertretung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (Foto BAGFW/Dirk Hasskarl). www.bagfw.de

Die Krise der Europäischen Union mag viele Gründe haben. Als zentrale Ursache kann jedoch die nach wie vor weitgehend fehlende soziale Dimension des europäischen Verbundes ausgemacht werden.

»Denk ich an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.« So hätte es Heinrich Heine wohl heute formuliert. Fast 60 Jahre nach den Römischen Verträgen verblasst der Glanz der europäischen Idee, verfliegt der Zauber der frühen Jahre. Auch wenn in vielen Teilen der Welt die Strahlkraft Europas offensichtlich immer noch so groß ist, dass selbst der Tod als Risiko in Kauf genommen wird, den gelobten Kontinent zu erreichen, kommt es einem aus der Binnensicht vor wie das Strahlen eines erloschenen Sterns dessen Licht aber noch immer unterwegs ist. Wie konnte es soweit kommen? Was wurde falsch gemacht?

Natürlich gibt es auf diese Fragen ein Bündel an Antworten, weil es auch viele Ursachen gibt. Unter ihnen sicherlich auch die bürokratisch-technokratische Fehlinterpretation der europäischen Idee durch die europäischen Instanzen selbst; aber gleichwohl gibt es eine wirkmächtige Unwucht, die als zentrale Ursache anzusehen ist. Es ist die weitgehend fehlende soziale Dimension des europäischen Verbundes.

Nach der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise, mit deren Folgen viele Menschen noch immer und auch weiterhin massiv zu kämpfen haben, haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den letzten Jahren wirtschaftlich und sozial zunehmend voneinander entfernt. Auch innerhalb der Mitgliedstaaten steigen die sozialen Ungleichheiten. Erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Euro-Staaten stellen auch das Funktionieren der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Frage. Zudem befördern soziale Ungleichheiten

politischen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wenn wir die Unterstützung der Bürger für das Projekt Europa nicht gänzlich verlieren möchten, müssen wir ein sozialeres Europa voranbringen.

Bei seinem Amtsantritt im Herbst 2014 hat EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker angekündigt, ein »Social Triple A« erreichen zu wollen. In seiner Rede zur Lage der Union im September 2016 ergänzte er: »Aber die soziale Ungerechtigkeit bleibt. Daher müssen wir zügig an dem europäischen Grundpfeiler der sozialen Rechte arbeiten und wir werden dies auch mit Energie und Enthusiasmus tun. Europa ist nicht sozial genug, das müssen wir ändern.«

Im Lichte des Referendums in Großbritannien und des anstehenden »Brexits« ist es Zeit, dass diesen Worten nun auch Taten folgen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) begrüßt die nun im März 2016 veröffentlichte Initiative der Europäischen Kommission zur Schaffung einer »europäischen Säule sozialer Rechte« und die gleichzeitig eingeleitete öffentliche Konsultation, die Ende 2016 abgeschlossen wurde. Bislang ist allerdings noch völlig offen, was die EU-Kommission nach Ende der Konsultationsfrist an konkreten Maßnahmen vorschlagen wird.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege verfolgt die Entwicklungen mit einer eigenen EU-Vertretung in Brüssel und einem Europaausschuss, in dem die europapolitischen Experten der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gemeinsam

Stellungnahmen und Politikvorschläge erarbeiten. Außerdem beschäftigte sich die BAGFW-Mitgliederversammlung, als höchstes Beschlussgremium, allein im letzten Jahr in zwei Sitzungen intensiv mit dem Thema »Soziales Europa«.

Die Schaffung hochwertiger sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze mit einem auskömmlichen Einkommen sollte oberste Priorität für die Europäische Union haben. Die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere für Frauen, muss reduziert werden. Dabei muss auch die Gleichstellung der Geschlechter aktiv gefördert sowie der Aufbau von qualitativ hochwertiger Ganztagsbetreuung für Kinder und von Ganztagsschulangeboten vorangetrieben werden.

Es gilt, eine deutliche Reduzierung von Armut und sozialer Ungleichheit zu erreichen. Hier gilt es insbesondere benachteiligte Gruppen, wie etwa Alleinerziehende, Geringqualifizierte, Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung in den Fokus zu nehmen und für sie spezifische Strategien und Förderinstrumente zu entwickeln.

Das Armutsziel der Europa 2020-Strategie, die Reduzierung der von sozialer Ausgrenzung und Armut bedrohten Personen um 20 Millionen Menschen bis 2020, wird derzeit nicht nur nicht erfüllt, sondern die relative Armut in der Europäischen Union hat sogar zugenommen. Das sind Alarmsignale, die wir nur zum Preis des Scheiterns insgesamt nicht zur Kenntnis nehmen können.

Was ist zu tun?

Fangen wir von hinten an: Mehrfach hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege darauf hingewiesen, dass der Indikator Langzeitarbeitslosigkeit allein zur Erfassung des sozialpolitischen Handlungsbedarfs ungeeignet ist. Er bildet die verschiedenen Dimensionen von Armut und Mangellagen nicht in ausreichendem Maße ab. Auch die Armut von Menschen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen können, muss verstärkt in den Fokus rücken. Die Einbeziehung weiterer Indikatoren, wie beispielsweise die relative Einkommensarmut, die materielle Deprivation oder die Verweildauer im Bezug existenzsichernder Sozialleistungen, ist erforderlich.

Mit Sorge betrachtet die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege eine Entwicklung hin zu einer

Erhöhung des Armutsrisikos trotz Erwerbstätigkeit – Stichwort: »Armut trotz Arbeit«. Dabei haben sich die Arbeitslosenzahlen und die Armutsrisikoquoten in ihrer Entwicklung nicht nur abgekoppelt, sondern sich entgegengesetzt entwickelt.

Funktionierende Sozialschutzsysteme sind für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von großer Bedeutung. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat sich bereits im September 2015 in der von Prof. Dr. Bernd Schlüter erarbeiteten Stellungnahme »Grundsätze wirksamer und verlässlicher Sozialleistungssysteme« für solche in nationalen Sozialgesetzbüchern zu verankernde Rechtsansprüche ausgesprochen und die EU-Kommission aufgefordert, im Rahmen eines substantiellen Arbeitsprogramms allgemeine sozialpolitische Grundsätze zu erarbeiten.

Die Initiative der EU-Kommission zur Einführung einer europäischen Säule sozialer Rechte muss jetzt genutzt werden. Die angesprochenen Grundsätze würden in der Praxis bedeuten, dass sich die EU-Kommission zum Beispiel für den Grundsatz der Einführung von Existenzsicherungssystemen in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzt. Die Ausgestaltung der jeweiligen nationalen Existenzsicherungssysteme würde dann durch die EU-Mitgliedstaaten erfolgen und könnte sich zum Beispiel an den EU-Indikatoren der materiellen Deprivation und der Armutsrisikoquote orientieren. Weitere Grundsätze wären etwa die Zugänglichkeit zu gesetzlichen Pflegeversicherungen oder die Einführung von aktivierenden Maßnahmen für Langzeitarbeitslose in allen EU-Mitgliedstaaten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion braucht außerdem eine soziale Governance-Struktur. So wäre es sinnvoll, die sozialen Indikatoren der Europa 2020-Strategie in das Europäische Semester einzubeziehen, um die Mitgliedstaaten anzuhalten, ihre sozialpolitische Verantwortung und Pflicht zur Armutsbekämpfung wahrzunehmen. Dabei sollten sie die gleiche Wertigkeit haben wie die wirtschaftspolitischen Vorgaben. Auch die länderspezifischen Empfehlungen im Europäischen Semester könnten sich an den Vorgaben der »pillar of social rights« orientieren.

Aktuell und auf absehbare Zeit ist die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten in den Mitgliedstaaten der Union eine große Herausforderung für die Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme. Es ist

dringend erforderlich, dass sich alle Mitgliedsländer der Europäischen Union an der Bewältigung dieser Herausforderung angemessen beteiligen und dass das bestehende Dublin-System reformiert wird.

Die in Europa schutzsuchenden Menschen benötigen schnelle Hilfe und Investitionen in ihre Unterbringung, die Vermittlung von Sprachkenntnissen, den Zugang zu Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, für die Aus- und Weiterbildung sowie die Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Werden diese Investitionen in den nächsten Jahren nicht getätigt, werden die Folgekosten umso höher sein.

Diese aktuellen Herausforderungen dürfen aber die strukturellen Probleme der Europäischen Union – wie eingangs skizziert – nicht in den Hintergrund drängen. Hier muss beharrlich weiter gearbeitet werden.

Und wir müssen über Geld sprechen! Um die sozialpolitischen Reformen in den EU-Mitgliedstaaten voranzubringen, ist zumindest eine Anschubfinanzierung durch die Europäische Union sinnvoll. Dafür bedarf es eines Ausbaus der EU-Strukturfonds und des EU-Haushaltes insgesamt. Gerade in den von hoher Arbeitslosigkeit und Armut besonders betroffenen süd- und osteuropäischen Staaten fehlen die Mittel zur Finanzierung entsprechender Reformen. Die Europäische Union kann nicht die Sozialsysteme ihrer Mitgliedstaaten finanzieren, aber sie kann sehr wohl Anschubfinanzierungen leisten, um die angesprochenen Reformen der nationalen Systeme zu unterstützen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege fordert daher eine deutliche Aufstockung des EU-Haushaltes und gleichzeitig eine Anhebung des Anteils des Europäischen Sozialfonds (ESF) an den EU-Strukturfonds auf mindestens 25 Prozent. Außerdem müssen weiterhin mindestens 20 Prozent der ESF-Mittel für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen.

Die Herausforderungen sind beträchtlich, aber die Kosten des Misslingens sind ungleich höher. Insofern haben wir eigentlich keine Wahl, als jetzt entschlossen zu handeln. Werten wir den Brexit und das Erstarken des Rechtspopulismus in Europa als letzte Warnzeichen, aber verfallen wir nicht in eine Duldungsstarre. Es gibt auch viele gute Ansätze und geschichtliche Entwicklungen verlaufen oft zyklisch oder, um es mit Friedrich Hölderlin zu sagen: »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.«